

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlagsgesellschaft Ullstein, Am Dönhofs (AT) 3009-3050 für den Parerverkehr Amt Döbeln 3880-3898. Telegr.-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 680.

Verlag Ullstein, Oberstraße; Georg Bernhardt, Verwalter. Redaktionsleitung: Carl Meißel, Berlin. Ullsteinhaus. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Der Achtstundentag gescheitert

Englische Erklärung gegen das Washingtoner Abkommen

Nachrichtendienst der 'Wirtschaftlichen Zeitung' vom 2. Februar. Eine funktionelle Erklärung gab heute mittags in der Sitzung des Verwaltungsausschusses des Internationalen Arbeitsamtes der englische Regierungsdirektor Buxton...

Nach dieser Rede des englischen Regierungsdirektors, die in Form einer Antwort auf eine scharfe Kritik des englischen Arbeiterdelegierten Boulton an der Haltung der Regierungen der Großmächte erfolgte und große Bewegung auslöste, gab der französische Arbeiterdelegierte Jouhaug der tiefen Enttäuschung des...

Arbeiterklasse über diese Haltung der englischen Regierung sofort Unruhe. Er darf bei englischen Regierung u. a. vor, sie hätte mit ihrem Versprechen von 1919 ein Spiel getrieben und die jetzigen Regierungen, die die Konvention bereits ratifiziert hätten, inbricht als zu wenig intelligent bezeichnen, um ihrerseits die wirtschaftlichen Bedürfnisse richtig zu erkennen.

Die Erklärung Buxtons, die ungenauere Aufsehen hervorrief, wird als das englische Gegenstück der Achtstundentagkonvention betrachtet.

Paris in Verlegenheit

1. Paris, 2. Februar. Nachrichtendienst der 'Wirtschaftlichen Zeitung'. Die offenbar durch eine Befragung von höherer Stelle veranlaßte Zurückhaltung, die sich heute die gesamte Morgenpresse gegenüber der neuen Rede des deutschen Außenministers äußerte, könnte auf dem ersten Blick ausfällig erscheinen, in Wirklichkeit ist sie kaum mehr als der Ausdruck der starken Verlegenheit, in die Stresemann die hiesigen ausländischen...

Stellen mit der Wiederanforderung der deutsch-französischen Auspassung verärgert hat, die man hier nicht mehr über den Buxton erwartet und sicher auch nicht gewünscht hat. Insofern hat die 'Petit Parisien' nicht ganz unrecht, wenn er heute morgen behauptet, daß die unermüdete Wiederanforderung des Rheinlandproblems hier nicht sehr angenehm berührt habe. Dagegen liegt das Wort die Wahrheit am, wenn es erklärt, daß Stresemanns Initiative hier in höchstem Grade unangenehm gewirkt habe.

Doch noch Schulkompromiß?

Marg und Stresemann beraten

Reichsminister Dr. Marg's leicht erkrankt. Ein Anfall von Infektus zwingt ihn, das Bett zu hüten. Er hat auch darauf verzichten müssen, heute den Etat der Reichsteilnahme in die Reichsangelegenheiten zu vertreten und hat diese Aufgabe seinem Staatssekretär Schmid überlassen. Aber in seinem Krankenstadium hat er gestern eine eingehende Besprechung mit Dr. Stresemann über den Schulkompromiß gehabt. Die Kompromißverhandlungen sind damit wieder aufgenommen und es ist bezeichnend, daß sie zunächst ohne Einmischung der Schulbuchverleger der Fraktionen zwischen den beiden Parteiführern abgelaufen sind.

an dem bestehenden Zustand in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren nichts geändert wird und daß erst nach Ablauf dieser Frist der Reichstag darüber beschließen soll, ob die Simultanschulen auf die Dauer erhalten bleiben oder je nach dem Willen der Entscheidungsberechtigten in Beamtenschulen umgewandelt werden sollen.

Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen weitergehen. So besteht der Wunsch, sie so zu beendigen, daß in der nächsten Woche, ehe Dr. Stresemann seinen längeren Erholungsurlaub antritt, einigültig ja oder nein gesprochen wird. Kommt dieses Schulkompromiß zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei zustande, dann wird der Reichstagsbeschluss mit einem größeren Vorlage sein, die außer dem Etat von diesem Reichstage noch verabschiedet wird.

Daß der Reichstag, wenn der Etat bewilligt ist, nicht mehr arbeitsfähig ist und aufgelöst werden muß, wird heute von keiner Seite mehr bestritten und auch Reichsminister Dr. Marg hat sich, wie man hört, davon überzeugt, daß die Revisionen der Reichs- oder Juni nicht mehr hinausgezögert werden können. Der Gehalt der Reichstagsarbeiten wird der außerparlamentarischen Debatte im Reichstage so offenbar geworden, daß eine künftige Verlängerung dieser Debatte ausgeschlossen ist.

Auch die Deutschnationalen gehen jetzt offen zu, daß das Zentrum nicht so fähig gegen sie aufzutreten würde, wenn es nicht innerlich bereits entschlossen wäre, der Koalitionsvereinbarung mit der Reichstags Ende zu machen. Ein deutschnationaler Politiker bezeichnet heute im Reichstage die Koalition als eine 'leere Formel'. Man wachste kaum noch die Opposition und jetzt wird nicht mehr darüber erkannt, daß das Zentrum des Reichsangelegenheiten einmütige Schilde auf der Tagung des Bundesrates in der Presse des Zentrums einer ebenso festlich abendenden Kritik begegnet hat, wie in der Presse der Demokraten und Sozialdemokraten.

Den letzten Zweifel an der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der deutschen Delegationen Friedenswillen und seinem aus offenem Herzen kommenden Wunsch nach reiflicher Verständigung mit dem Nachbarvolk befestigen.

Fünf Jahre Zuchthaus für Schreck

Wegen den Dokumentenfälscher Schreck erging heute mittags gegen 2 Jahre das Urteil des Reichsgerichts. Schreck wurde wegen Landbesetzung u. 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wie schon an einem zufälligen Wendepunkt der deutsch-französischen Politik, schreibt heute der 'Paris Echo', das einzige Blatt, das zu Stresemanns geflügelte Rede hier Stellung nimmt. 'Der deutsche Außenminister', führt das Blatt aus, 'der fernher nur das Wort ergreifen hat, um den unangenehmen Einbruch der Ausführungen des deutschnationalen Redners von Freytag-Boringhagen vergessen zu machen, hat es sich angelegen sein lassen, alle Spitzeln die Frankreich verlegen konnten, abzugeben.' So ist unangehörig, daß Stresemann geflügelte Rede nicht mehr als ein Wüßler der großen Koalition sein als Wüßler des Völkergedächtnisses gesprochen hat, und daß er vier Fünftel des Reichstages und die übrige Mehrheit des deutschen Volkes dabei hinter sich gehabt hat. Er hat damit die erste Auseinandersetzung seit dem Kriegsende eingeleitet. Der erste Akt wird mit der Antwort Briand und vielleicht mit einer neuen Kritik Stresemanns enden. Den zweiten Akt werden die Reden, und den dritten der Voraustritt nach die diplomatischen Verhandlungen bilden, die ununterbrochen danach in Gang kommen werden.

Vorher, das ist auch die Ansicht des Blattes, wird man die Hoffnungen nicht allzu hoch spannen dürfen. Von Briand's Rede im Senat, meint es, ist jedenfalls kaum mehr zu erwarten, als ein neues Referat des offiziellen Frankreichs an der Politik des Friedens, ein Hinweis auf die glücklichen Resultate der in London und Brüssel inaugurierten neuen Methoden, einen Weltfrieden zu beschaffen, daß der Stresemann'sche Friedensplan und die Beschaffung und eine internationale Verständigung über von dem Geheimnissen und Nationalitäten an der Politik der Friedensförderung gelitten Kritik. Des Problems der Rheinlandräumung wird 'Ernährung gegen' und in isolierter Weise an das Forum der allierten Regierungen verwiesen werden, die allein in ihrer Gesamtheit befähigt sind, aufzutreten.

Regierungskrise in Südlatvien

m Riga, 2. Februar. Nachrichtendienst der 'Wirtschaftlichen Zeitung'. Nach beständiger lichterloh Debatte hat gestern die demokratische Parteiaktion mit 36 gegen 21 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der der Demom der Partei, Abgeordneter Sawidomitsch, ernüchtert wird, Verhandlungen mit allen Parteiengruppen zur Bildung einer Regierung. Die fraktionsübergreifende einmütigen und beschleunigten. Die Minister der demokratischen Partei, die sich in der Regierung befinden, werden aufgefordert, zu demissionieren. Diese Entschließung bedeutet den Sieg der Wollfischen Demobilität gegenüber dem Außenminister Martinkowitsch, der sich für eine weitere Unterbrechung der Regierung Wollfischens durch die demokratische Partei eingesetzt hatte. Die vier demokratischen Minister werden heute dem Minister-

präsidenten ihre Demission überreichen. Man glaubt jedoch, daß diese Schritt nicht ernst gemeint ist und daß die demokratischen Minister mit ihrem Antrag aus der demokratischen Partei ausscheiden werden, um Wollfischens auf weiterem zu unterstützen, der dann über eine Mehrheit von dreizehn Stimmen in der Staatsduma verfügen würde. In diesem Falle würde die Regierung von der Haltung der zehn bis fünfzehn Mann starken Gruppe der sogenannten Sozialisten abhängen, die in der realistischen Parteiaktion abhängen, die bisher immer Wollfischens feindlich gesinnt waren. Man nimmt an, daß die Regierung Wollfischens, falls sie im Parlament nicht weiterarbeiten könnte, zum Antrag die Auflösung der Staatsduma verlangen werde. Neuwahlen wären jedoch mit Rücksicht auf die außerparlamentarische Lage und die Notwendigkeit der Erledigung des Budgets bis zum 1. April sehr unangünstig.